Denkschrift

Während der Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelsfachen mit fast sämtlichen Staaten des europäischen Kontinents durch das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 (Reichsgesetzbl. 1909 S. 409) sowie eine Reihe ergänzender oder ihm nachgebildeter besonderer Abkommen vertraglich geregelt ist, vollzieht sich der Verkehr mit Großbritannien und Irland bislang in den Formen hergebrachter Übung. Das vorliegende Abkommen stellt nunmehr auch den deutsch-britischen Rechtshilfeverkehr, soweit Zivil- und Handelsfachen in Frage stehen, auf eine feste vertragliche Grundlage.

Das Abkommen lehnt sich im wesentlichen an die Bestimmungen des Haager Abkommens an. Nur insoweit nimmt es einen von ihm abweichenden Standpunkt ein, als es über das Maß hinaus, in dem dies im Verhältnis der kontinentalen Staaten untereinander im allgemeinen der Fall ist, die Möglichkeit der unmittelbaren Erledigung von Zustellungen und Rechtshilfeersuchen durch den Konsul vorsieht. Damit wird dem in gleicher Weise auf deutscher wie auf britischer Seite bestehenden, sich aus der starken Verschiedenheit der beiderseitigen Rechtseinrichtungen ergebenden Bedürfnis Rechnung getragen, den im Ausland vorzunehmenden Rechtsakt möglichst so zu gestalten, wie er für das inländische Verfahren benötigt wird.

Außer der Regelung des Rechtshilfeverkehrs sind in dem Abkommen, entsprechend dem Haager Abkommen und den übrigen Rechtshilfeverträgen, Abmachungen über die Gleichstellung der Ausländer hinsichtlich der Gewährung des Armenrechts, der Befreiung von der Sicherheitsleistung und der Schuldhast getroffen.

Im einzelnen ist zu dem Abkommen zu bemerken:

Das Geltungsgebiet ist im Artikel 1 ebenso wie im Haager Abkommen umgrenzt.

Der zweite Abschnitt behandelt die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke. Im Artikel 3, 4 ist zunächst die Zustellung unter Mitwirkung der ausländischen Behörden in enger Anlehnung an die Bestimmungen im Artikel 1 Abs. 1, Artikel 2 bis 5, 7 des Haager Abkommens geregelt. Für die Entgegennahme der britischen Zustellungsanträge sind gemäß der in neueren deutschen Rechtshilfeverträgen getroffenen Regelung die Präsidenten der Landgerichte für zuständig erklärt (Artikel 3 Abs. a). Die Sprachenfrage ist in der Weise geregelt, daß das von dem diplomatischen oder konsularischen Beamten zu fertigende Übermittlungsschreiben in der Sprache des ersuchten Teiles abzufassen ist, während von dem zuzustellenden Schriftstück eine Übersetzung nur auf besonderen Wunsch zur Verfügung zu stellen ist (Artikel 3 Abs. b). Daß bei Ersuchen um Zustellung in einer besonderen Form (Artikel 3 Abs. d) das zuzustellende Schriftstück in der Sprache des ersuchten Teiles abgefaßt oder von einer Übersetzung begleitet sein muß, entspricht dem Artikel 3 Abs. 1 des Haager Abkommens. Gebühren werden für die Zustellung nicht erhoben;

soweit Auslagen entstehen, kann ihre Erstattung verlangt werden; sie dürfen aber nicht höher sein als diejenigen in inländischen Angelegenheiten gleicher Art (Artikel 4).

Artikel 5 gestattet, sofern der Zustellungsempfänger nicht Angehöriger des Staates ist, in dessen Gebiet die Zustellung erfolgen soll, die unmittelbare Erledigung der Zustellung durch den diplomatischen oder konsularischen Beamten. Die Regelung im Abs. b, wonach die Zustellung auch durch eine als Vertreter bestellte Privatperson erfolgen kann, ist auf die Verhältnisse des englischen Rechtes abgestellt. Vom Standpunkt des deutschen Rechtes ist sie unbedenklich, weil, wie in dem Schlußabsatz festgelegt ist, die Wirksamkeit einer solchen Zustellung in Deutschland nicht anerkannt zu werden braucht.

Nach Artikel 6 können Schriftstücke, wenn diese Art der Übermittlung nach dem Rechte des Staates, in dem sie ausgestellt sind, gestattet ist, auch durch die Post übermittelt werden. Damit ist dem nach § 199 der Zivilprozeßordnung um Zustellung ersuchten deutschen Konsul auch für die Zukunft die Möglichkeit gegeben, wie bisher Ersuchen in der Weise zu erledigen, daß er das zuzustellende Schriftstück durch die Post als Einschreibebrief gegen Rückschein dem zur Annahme bereiten Empfänger übersendet.

Der im Artikel 7 geregelte Fall der unmittelbaren Inanspruchnahme der ausländischen Zustellungsbeamten hat nur für in England schwebende Verfahren Bedeutung; für deutsche Verfahren scheidet diese Art der Zustellung nach § 199 der Zivilprozeßordnung aus.

Der dritte Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Erledigung von Rechtshilfeersuchen. Die Artikel 9 und 10 regeln die Erledigung durch die zuständige Behörde des anderen Teiles. Die Bestimmungen entsprechen im wesentlichen denjenigen in Artikel 8, 9 Abs. 1, Artikel 10 bis 14, 16 des Haager Abkommens. Die Vorschriften über die zur Entgegennahme der Rechtshilfeersuchen in Deutschland bestimmten Stelle (Artikel 9 Abs. c) sowie die Kostenerstattung (Artikel 10) entsprechen der für die Zustellungen getroffenen Regelung. Der Kreis der zu erstattenden Kosten ist gegenüber dem Haager Abkommen insofern erweitert, als auch solche Kosten und Auslagen zu erstatten sind, die an Dolmetscher oder Übersetzer sowie an Personen zu zahlen sind, die die zuständige Gerichtsbehörde, soweit ihr Landesrecht das zuläßt, mit einer Tätigkeit beauftragt hat. Die letztere Bestimmung trägt dem englischen Verfahren Rechnung, wonach die Beweisaufnahme auch einer dritten Person, insbesondere einem Solicitor, übertragen werden kann.

Der Artikel 11 des Vertrags gibt den diplomatischen oder konsularischen Beamten die Befugnis, nach Maßgabe der Vorschriften ihres Entsendestaates ohne Mitwirkung von Gerichtsbehörden ihres Aufenhaltsstaats Beweisaufnahmen vorzunehmen. Die bezeichneten Beamten können hiernach bestimmte Personen, die ihrem

Ersuchen um Erscheinen Folge leisten, auch eidlich vernehmen; die Anwendung von Zwangsmitteln ist ihnen jedoch versagt. Dieses Verfahren ist bisher schon für die Erledigung deutscher Rechtshilfeersuchen in England, und zwar auch gegenüber britischen Staatsangehörigen in Übung. Das Verfahren bietet, abgesehen von den geringeren Kosten, vor allem den bei der Verschiedenartigkeit des deutschen und britischen Verfahrensrechts wesentlichen Vorteil, daß die Vernehmung durch einen mit dem deutschen Rechte vertrauten Beamten erfolgt. Die Beibehaltung dieser Übung ist vom Standpunkt der deutschen Interessen dringend erwünscht. Auf der anderen Seite legt England auf eine entsprechende Befugnis seiner Konsuln in Deutschland entscheidendes Gewicht. Bei dieser Sachlage erscheint die Abgabe der im Artikel 11 Abs. a vorgesehenen Erklärung das sachlich Gegebene. Vom Standpunkt der deutschen Justizhoheit werden Bedenken dagegen nicht zu erheben sein, da es sich nur um die Vernehmung von Personen handelt, die freiwillig vor dem fremden Konsul erscheinen.

Artikel 12 sieht für die Beweisaufnahme durch die diplomatischen oder konsularischen Beamten des Entsendestaats eine beschränkte Mitwirkung der Behörden des anderen Teiles dahin vor, daß die staatliche Zwangsgewalt für die Fälle zur Verfügung gestellt wird, daß die zu vernehmenden Personen Angehörige

des ersuchenden Teiles sind. Die Regelung des Verfahrens im einzelnen wird den Ausführungsbestimmungen vorzubehalten sein. Artikel 13 regelt das Verhältnis zwischen den Bestimmungen der Artikel 9, 11 und 12.

Artikel 14 stellt die Gegenseitigkeit bezüglich des Armenrechts, der Schuldhaft und der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten fest. Wenn die Regelung bei der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten auf die Fälle des Wohnsitzes im Gebiete des anderen Teiles beschränkt ist, so trägt das Abkommen damit den Grundsätzen des englischen Rechtes Rechnung, wonach für die im Ausland wohnenden Kläger, gleichviel ob fremder oder eigener Staatsangehörigkeit, Kautionspflicht besteht.

Der vierte Abschnitt enthält die üblichen Schlußbestimmungen. Die Geltungsdauer des Abkommens ist auf drei Jahre vorgesehen, nach deren Ablauf es mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist gekündigt werden kann (Artikel 16). Hervorzuheben ist noch, daß das Abkommen auf Schottland und Nordirland, die englischen Kolonien oder Protektorate, sonstigen Hoheits- und Mandatsgebiete, die englischen Dominions oder Indien sowie deren Abhängigkeits- oder Mandatsgebiete nicht ohne weiteres Anwendung findet; aber auf diese Gebiete ausgedehnt werden kann (Artikel 17, 18).

Denkschrift

Während er Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen mit fast sämtlichen Staaten des europäischen Kontinents durch das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 (Reichsgesetzbl. 1909 S. 409) sowie eine Reihe ergänzender oder ihm nachgebildeter besonderer Abkommen vertraglich geregelt ist, vollzieht sich der Verkehr mit Großbritannien und Irland bislang in den Formen hergebrachter Übung. Das vorliegende Abkommen stellt nunmehr auch den deutsch-britischen Rechtshilfeverkehr, soweit Zivil- und Handelssachen in Frage stehen, auf eine feste vertragliche Grundlage.

Das Abkommen lehnt sich im wesentlichen an die Bestimmungen des Haager Abkommens an. Nur insoweit nimmt es einen von ihm abweichenden Standpunkt ein, als es über das Maß hinaus, in dem dies im Verhältnis der kontinentalen Staaten untereinander im allgemeinen der Fall ist, die Möglichkeit der unmittelbaren Erledigung von Zustellungen und Rechtshilfeersuchen durch den Konsul vorsieht. Damit wird dem in gleicher Weise auf deutscher wie auf britischer Seite bestehenden, sich aus der starken Verschiedenheit der beiderseitigen Rechtseinrichtungen ergebenden Bedürfnis Rechnung getragen, den im Ausland vorzunehmenden Rechtsakt möglichst so zu gestalten, wie er für das inländische Verfahren benötigt wird.

Außer der Regelung des Rechtshilfeverkehrs sind in dem Abkommen, entsprechend dem Haager Abkommen und den übrigen Rechtshilfeverträgen, Abmachungen über die Gleichstellung der Ausländer hinsichtlich der Gewährung des Armenrechts, der Befreiung von der Sicherheitsleistung und der Schuldhaft getroffen.

Im einzelnen ist zu dem Abkommen zu bemerken:

Das Geltungsgebiet ist im Artikel 1 ebenso wie im Haager Abkommen umgrenzt.

Der zweite Abschnitt behandelt die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke. Im Artikel 3, 4 ist zunächst die Zustellung unter Mitwirkung der ausländischen Behörden in enger Anlehnung an die Bestimmungen im Artikel 1 Abs. 1, Artikel 2 bis 5, 7 des Haager Abkommens geregelt. Für die Entgegennahme der britischen Zustellungsanträge sind gemäß der in neueren deutschen Rechtshilfeverträgen getroffenen Regelung die Präsidenten der Landgerichte für zuständig erklärt worden (Artikel 3 Abs. a). Die Sprachenfrage ist in der Weise geregelt, daß das von dem diplomatischen oder konsularischen Beamten zu fertigende Übermittlungsschreiben in der Sprache des ersuchten Teiles abzufassen ist, während von dem zuzustellenden Schriftstück eine Übersetzung nur auf besonderen Wunsch zur Verfügung zu stellen ist (Artikel 3 Abs. b). Daß bei Ersuchen um Zustellung in einer besonderen Form (Artikel 3 Abs. d) das zuzustellende Schriftstück in der Sprache des ersuchten Staates abzufaßt oder von einer Übersetzung begleitet sein muß, entspricht dem Artikel 3 Abs. 1 des Haager Abkommens. Gebühren werden für die Zustellung nicht erhoben; soweit

Auslagen entstehen, kann ihre Erstattung verlangt werden; sie dürfen aber nicht höher sein als diejenigen in inländischen Angelegenheiten gleicher Art (Artikel 4).

Artikel 5 gestattet, sofern der Zustellungsempfänger nicht Angehöriger des Staates ist, in dessen Gebiet die Zustellung erfolgen soll, die unmittelbare Erledigung der Zustellung durch den diplomatischen oder konsularischen Beamten. Die Regelung im Abs. b, wonach die Zustellung auch durch eine als Vertreter bestellte Privatperson erfolgen kann, ist auf die Verhältnisse des englischen Rechts abgestellt. Vom Standpunkt des deutschen Rechts ist sie unbedenklich, weil, wie in dem Schlußhalbsatz festgelegt ist, die Wirksamkeit einer solchen Zustellung in Deutschland nicht anerkannt zu werden braucht.

Nach Artikel 6 können Schriftstücke, wenn diese Art der Übermittlung nach dem Rechte des Staates, in dem sie ausgestellt sind, gestattet ist, auch durch die Post übermittelt werden. Damit ist dem nach § 199 der Zivilprozeßordnung um Zustellung ersuchten deutschen Konsul auch für die Zukunft die Möglichkeit gegeben, wie bisher Ersuchen in der Weise zu erledigen, daß er das zuzustellende Schriftstück durch die Post als Einschreibebrief gegen Rückschein dem zur Annahme bereiten Empfänger übersendet.

Der im Artikel 7 geregelte Fall der unmittelbaren Inanspruchnahme der ausländischen Zustellungsbeamten hat nur für in England schwebende Verfahren Bedeutung; für deutsche Verfahren scheidet diese Art der Zustellung nach § 199 der Zivilprozeßordnung aus.

Der dritte Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Erledigung von Rechtshilfeersuchen. Die Artikel 9 und 10 regeln die Erledigung durch die zuständige Behörde des anderen Teiles. Die Bestimmungen entsprechen im wesentlichen denjenigen in Artikel 8, 9 Abs. 1, Artikel 10 bis 14, 16 des Haager Abkommens. Die Vorschriften über die zur Entgegennahme der Rechtshilfeersuchen in Deutschland bestimmten Stelle (Artikel 9 Abs. c) sowie die Kostenerstattung (Artikel 10) entsprechen der für die Zustellungen getroffenen Regelung. Der Kreis der zu erstattenden Kosten ist gegenüber dem Haager Abkommen insofern erweitert, als auch solche Kosten und Auslagen zu erstatten sind, die an Dolmetscher oder Übersetzer sowie an Personen zu zahlen sind, die die zuständige Gerichtsbehörde, soweit ihr Landesrecht das zuläßt, mit einer Tätigkeit beauftragt hat. Die letztere Bestimmung trägt dem englischen Verfahren Rechnung, wonach die Beweisaufnahme auch einer dritten Person, insbesondere einem Solicitor, übertragen werden kann.

Der Artikel 11 des Vertrags gibt den diplomatischen oder konsularischen Beamten die Befugnis, nach Maßgabe der Vorschriften ihres Entsendestaates ohne Mitwirkung von Gerichtsbehörden ihres Aufenthaltsstaats Beweisaufnahmen vorzunehmen. Die bezeichneten Beamten können hiernach bestimmte Personen, die ihrem Ersuchen um Erscheinen Folge leisten, auch eidlich vernehmen; die Anwendung von Zwangsmitteln

ist ihnen jedoch versagt. Dieses Verfahren ist bisher schon für die Erledigung deutscher Rechtshilfeersuchen in England, und zwar auch gegenüber britischen Staatsangehörigen in Übung. Das Verfahren bietet, abgesehen von den geringeren Kosten, vor allem den bei der Verschiedenartigkeit des deutschen und britischen Verfahrensrechts wesentlichen Vorteil, daß die Vernehmung durch einen mit dem deutschen Rechte vertrauten Beamten erfolgt. Die Beibehaltung dieser Übung ist vom Standpunkt der deutschen Interessen dringend erwünscht. Auf der anderen Seite legt England auf eine entsprechende Befugnis seiner Konsuln in Deutschland entscheidendes Gewicht. Bei dieser Sachlage erscheint die Abgabe der im Artikel 11 Abs. a vorgesehenen Erklärung das fachlich Gegebene. Vom Standpunkt der deutschen Justizhoheit werden Bedenken dagegen nicht zu erheben sein, da es sich nur um die Vernehmung von Personen handelt, die freiwillig vor dem fremden Konsul erscheinen.

Artikel 12 sieht für die Beweisaufnahme durch die diplomatischen oder konsularischen Beamten des Entsendestaats eine beschränkte Mitwirkung der Behörden des anderen Teiles dahin vor, daß die staatliche Zwangsgewalt für die Fälle zur Verfügung gestellt wird, daß die zu vernehmenden Personen Angehörige des ersuchenden Teils sind. Die Regelung des Verfahrens im einzelnen wird den Ausführungsbestimmungen vorzubehalten sein. Artikel 13 regelt das Verhältnis zwischen den Bestimmungen der Artikel 9, 11 und 12.

Artikel 14 stellt die Gegenseitigkeit bezüglich des Armenrechts, der Schuldhaft und der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten fest. Wenn die Regelung bei der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten auf die Fälle des Wohnsitzes im Gebiete des anderen Teiles beschränkt ist, so trägt das Abkommen damit den Grundsätzen des englischen Rechtes Rechnung, wonach für die im Ausland wohnenden Kläger, gleichviel ob fremder oder eigener Staatsangehörigkeit Kautionspflicht besteht.

Der vierte Abschnitt enthält die üblichen Schlußbestimmungen. Die Geltungsdauer des Abkommens ist auf drei Jahre vorgesehen, nach deren Ablauf es mit sechsmonatlicher Kündigungsschrift gekündigt werden kann (Artikel 16). Hervorzuheben ist noch, daß das Abkommen auf Schottland und Nordirland, die englischen Kolonien oder Protektorate, sonstigen Hoheits- und Mandatsgebiete, die englischen Dominions oder Indien sowie deren Abhängigkeit- oder Mandatsgebiete nicht ohne weiteres Anwendung findet; aber auch diese Gebiete ausgedehnt werden kann (Artikel 17, 18).